

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Nachrichten Dresden
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Rue für Nachrichten: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptverwaltungsstelle:
Dresden - K. L. Wartenburgstr. 25/26

Bezugspreis vom 1. Juni 1930 bei täglich zweimaliger Abholung frei Haus 1,70 RM.
Bezugspreis für Monat Juni 3,40 RM, einchl. 96 Wg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr).
Einzelnummern 10 Wg., außerhalb Dresdens 15 Wg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach
Werbemast berechnet: Die einseitige 30 mm breite Zeile 55 Wg., für auswärts 40 Wg., Familien-
anzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Wg., außerhalb 20 Wg., die 20 mm breite Reklamazeile
200 Wg., außerhalb 250 Wg., Kleinzettlergebühr 80 Wg. Ausdrückliche Aufnahme gegen Vorauszahlung

Dresdner Verlag: Siegel & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1068 Dresden
Nachdruck aus dem Dresdner Nachrichten
(Dresden, Nachr.) ist ohne schriftliche Genehmigung
des Verlegers verboten

Brünnings Kampf um die Reichshilfe

Die Parteien vor schweren Entscheidungen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 10. Juni. Die durch das Pfingstfest geschaffene Ruhepause im innerpolitischen Tageskampf wird bereits mit Ablauf dieser Woche wieder ihr Ende finden. Der zur Erholung nach Süddeutschland gereiste Reichstagskanzler Dr. Brüning trifft bereits Donnerstag oder Freitag in Berlin ein, um die am Freitagabendmittag stattfindende Kabinettsitzung zu leiten, die sich mit dem Rest der Deckungsvorlagen, besonders dem Ausgabenreduzierungsgezet befassen soll. Am Sonnabend tritt der Reichstag zusammen, um das Osthilfegesetz zu erledigen. Am Montag nimmt dann der Reichstag wieder seine Plenarsitzungen auf, die letzten vor der großen Sommerpause, die der dritten Lesung und damit der endgültigen Verabschiedung des Etats für das Jahr 1930 gewidmet sein werden. Es ist verständlich, daß sich der Reichstag sofort bei seinem Wiederauftritt mit dem von Kabinettsitzung ausgearbeiteten Deckungsvorschlägen für den Etat befassen wird.

Der Reichstag ist bereits von der Regierung ersucht worden, die der Deckung des Defizits dienenden Gesetzesentwürfe so schnell wie möglich in Arbeit zu nehmen und wird dieser Bitte der Regierung auch entsprechen.

Bereits am Montagvormittag wird die Regierung die ersten Besprechungen mit den Vertretern der Regierungsparteien haben. Man verheißt sich weder in den Kreisen der Regierung noch in den der ihr nahestehenden Parteien, daß die Vorlagen, um die es sich handelt, wohl die schwerste Belastungsprobe für die Parteien darstellen, auf die sich das Kabinetts Brüning stützt. Wenn auch der Mut zur Unpopulartät bei der Regierung vorhanden zu sein scheint — bei den Parteien ist er in diesem Maße ganz gewiß nicht da. Man weiß zu gut, daß, wenn das Kabinetts keine Mehrheit für die Durchbringung der Entwürfe im Reichstagsplenum erhält, als

Ausweg nur die Reichstagsauflösung

in Frage käme. Keine Partei möchte aber in den Wahlkampf ziehen, belastet mit dem Odium, für Gesetze eingetreten zu sein, die Beamten und Angestellten, also einer ziemlich breiten Wählerklasse, recht harte Opfer bringen sollten. Regierungssitzung ist erklärt worden, daß eine Anwendung des Art. 48 der Reichsverfassung angesichts dieser Vorlagen nicht in Frage komme. Diese Erklärung ist bestimmt nicht aus großer Liebe zum gegenwärtigen Reichstag abgegeben worden, sondern es hat sich gezeigt, daß das politische Machtmittel des Art. 48 sich sehr schnell verbrauchen würde, wenn man es allemal zur Durchsührung unbequemer Gesetzesentwürfe in Anwendung brachte. So steht man vor einer Situation, deren Schwierigkeiten weit höher sind als

alle, mit denen die Regierung Brüning bisher zu kämpfen hatte.

Je mehr man sich auf der Seite der Parteien in der vom Kabinetts vor dem Pfingstfest vorgelegten Entwürfe versieht, um so größer wird anstehend der Widerstand gegen diese Gesetze.

Das zeigt sich mit besonderer Deutlichkeit in der demokratischen Presse. So nimmt heute das „D.Z.“ das Notopfer zum Anlaß von Betrachtungen, die von scharfen Angriffen gegen den Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer nur so trogen. Es scheint sicher zu sein, daß die Demokratische Partei, die ja seit der Nationalversammlung von Wahl zu Wahl an Mandaten verloren hat, nicht geneigt ist, Gesetze wie die jüngsten Deckungsvorlagen mitzumachen, weil sie davon den Ruin befürchtet.

Springen aber die Demokraten aus, dann ist die Front der Regierungsparteien überhaupt gesprengt.

Denn die gleichen Bedenken, denen man auf demokratischer Seite so unvorhohlen Ausdruck gibt, dürfte man ja wohl auch in den Kreisen der anderen Regierungsparteien hegen. Aber selbst wenn man sehr optimistisch ist und annimmt, daß es der Regierung gelänge, die hinter ihr stehenden Parteien zusammenzuhalten, so hat die Regierung damit ja noch keine parlamentarische Mehrheit. Die Deutschen nationalen, denen das Kabinetts Brüning seine bisherige Existenz verdankt, dürften kaum Reue verspüren, sich für diese Vorlagen einzusetzen.

Wie die Regierung dieses Dilemma überwinden wird, ist vorläufig noch ein großes Rätsel.

Die dem Reichstagskanzler Dr. Brüning nahestehende „Germania“ äußert sich in längeren Darlegungen über den Sinn der vom Kabinetts unternommenen Deckungsaktion, der in der Ankurbelung der Wirtschaft liegt, welcher im Herbst ein wirklich großes Reformprogramm folgen müsse, das eine Besserung auf lange Sicht verspreche, vermeidet es aber, auf die zurzeit aktuellste Frage, nämlich die, wie und ob die Regierung eine parlamentarische Mehrheit sich beschaffen kann, einzugehen.

Anscheinend ist die Regierung gewillt, die Parteien unter stärksten Druck zu setzen, weil sie, und nicht mit Unrecht, annimmt, daß den Parteien jetzt an einer Reichstagsauflösung gar nichts liegen kann

weil eben die längste Vergangenheit für die. hinter der Regierung stehenden Parteien im Sinne von Wahlsparolen wenig oder gar nicht auszuwerten ist, ein Umstand, der allerdings für die Opposition nicht zutrifft.

„Die Regierungsvorlage muß geändert werden!“

Die Deutsche Volkspartei Sachsens zum Notopfer

Der Landesvorstand der Deutschen Volkspartei, der am Dienstag in Dresden im Beisein auch der weitaus sächsischen Reichstagsabgeordneten der Deutschen Volkspartei tagte, lobte nach eingehender Aussprache zu den Steuervorlagen der Reichsregierung einstimmig folgende Entschließung:

Die Deutsche Volkspartei des Landes Sachsen würdigt die Bemühungen der Reichsregierung, durch Verabschiedung der Produktionskosten zu einer Senkung der Preise zu gelangen. Nur hierdurch und durch die von der Reichsregierung vorgeschene Beschaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten kann die Arbeitslosigkeit verringert werden. Daß der durch das Anheben dieser Arbeitslosigkeit verursachte neuerliche Kreditbetrag im Reichshaushalt befreit wird, ist das erste Gebot jeder verantwortlichen Staatsführung.

Die abermalige Überprüfung des Reichshaushalts hat — auch nach dem übereinstimmenden Urteil der befragten wirtschaftlichen Spitzenverbände — ergeben, daß der Ausgleich im Reichshaushalt durch weitere Abstriche zur Zeit in ausreichendem Maße nicht erreicht werden kann. Um so dringlicher ist die jetzt von der Reichsregierung fortgesetzte Aktion, anerkannte Mängel der Erwerbslosenversicherung durch weitere innere Reformen abzustellen.

Als wichtigen Teil dieser Reform fordern wir hiermit erneut besondere Erleichterungen für die Angehörigen.

Das Erwerbslosenproblem ist die Schicksalsfrage unseres ganzen Volkes. Den unerschuldert erwerbslos gewordenen Volksgenossen gehört die Hilfe der Volksgemeinschaft. Voraussetzung für die Erfüllung dieser Volkspflicht ist die gerechte Verteilung der Unterhaltungen, die nicht mißbräuchlich und ohne wirkliche Not in Anspruch genommen werden dürfen. In ihrer erst erprobten Volks- und Staatsgesinnung wissen wir auch die Beamtenschaft dazu bereit, nach ihren Kräften dazu beizutragen, denen zu helfen, die heute in größerer Not und ohne den wirtschaftlichen Rückhalt sind, den die Beamtenschaft durch Staatsanstellung und Ruhegehalt hat.

Der Vorschlag der Regierung Brüning, die für die Reichskasse neu erforderlichen Mittel durch eine Reichshilfe nur der Beamten und der über die Erwerbslosenversicherungspflicht hinaus befristeten Angestellten anzubringen, wird der Gesamtlage unseres Volkes nicht gerecht, da sie eine schematische Sonderbesteuerung des Arbeitseinkommens eines Volksteiles darstellt.

In dieser Auffassung befinden wir uns in Übereinstimmung mit der von der Reichstagsfraktion der Deutschen

Volkspartei eingenommenen Haltung und fordern von Reichstag und Reichstags die Abänderung der angeführten Regierungsvorlage im Sinne dieser Erklärung.

Rundgebung der sächsischen Amtmänner

Der Reichsbund der Amtmänner, Gau Sachsen, bittet uns um Aufnahme folgender Fellen:

Der Landesverband Sachsen des Reichsbundes der Amtmänner, dem die Organisationen der Eisenbahn-, Post-, Justiz- und Regierungsbeamten mit insgesamt 5000 Beamten des gehobenen mittleren Dienstes angehören, hat zu der durch die Bekanntgabe der Entwürfe zum Ausgabenreduzierungsgezet und dem Spargezet geschaffenen Lage sowie zu der vom Reichskabinetts beschlossenen Reichshilfe der festbestimmten Stellung angenommen und folgende Entschließung gefaßt:

Der Reichsbund der Amtmänner, Landesverband Sachsen, steht mit wachsender Besorgnis der Entwicklung der Beamtenverhältnisse entgegen. Die in Aussicht genommenen Maßnahmen der Reichsregierung, wie Kürzung der Pensionen, Kürzung des Erholungsurlaubes, Hinaussetzung der Altersgrenze für die Pensionierung und Schaffung eines bürokratischen Beförderung-Spargezetes, sind nicht geeignet, die Reichsfinanzen in Ordnung zu bringen, sie sind vielmehr nur Fiktion und Stückwerk, wahllos zusammengestellt.

Die Beamtenschaft des gehobenen mittleren Dienstes nimmt daher mit aller Schärfe dagegen Stellung und weist auf die unabwendbaren innerpolitischen und volkswirtschaftlichen Folgen hin, die durch den neuen schweren Angriff auf das Berufsbeamtentum seitens der Reichsregierung selbst hervorgerufen werden.

Es widerspricht dem Geist der Volksgemeinschaft, wenn nur ein Teil des Volksganges zur Sanierung der öffentlichen Finanzen herangezogen wird. Die Beamten wollen den Versuch, bei dieser Gelegenheit die vertriebenen Rechte der Beamtenschaft abzubauen, energisch zurück.

Die Wirtschaft hat ihren Willen, diesem wird der feste Wille der geeinten Beamtenschaft entgegengezet. Der Reichsbund der Amtmänner, Landesverband Sachsen, erwartet vom Parlament Gerechtigkeit und keine Ausnahmengesetze. Die Beamtenschaft ist selbstverständlich nach wie vor bereit, in gleicher Weise, wie die übrigen Volksteile, in freiwilliger Beziehung Opfer zu bringen.

König Carol II.

Der durch ein feierliches Gesetz entthronte Carol kam zurück, sah und war König. Beinahe schneller, als es in Balkanoperetten der Fall zu sein pflegt. Mit einer gewaltigen Mehrheit von 485 zu einer Stimme in der Nationalversammlung, mit Jubel der Bevölkerung und des Heeres, mit Bewegung und Tränen der königlichen Familie und der Minister, die das happy end so geschickt arrangiert hatten. Ein verlornener Sohn kehrt zurück und eine Krone ist sein Lohn. Klingt das nicht in unserer nächstern demokratischen Zeit wie ein Märchen aus längst vergangenen Tagen? Man wird sagen, Rumänien sei eben ein Balkanstaat, der noch ganz im Zauber einer verschwundenen feudalen Epoche liegt. Aber das ist unrichtig; Rumänien ist seit der Wahl des Prinzen Karl von Hohenzollern-Sigmaringen am 13. Mai 1886 eine demokratische Monarchie, mit einer nach belgischem Muster entworfenen freisinnigen Verfassung. Allerdings war Rumänien für ein demokratisches System weniger reif als die übrigen Staaten Europas. Der Masse des Volkes, das in Robheit und Unwissenheit dahinvegetierte, stand eine kleine Schicht der Intelligenz und des reichen Großgrundbesitzes gegenüber. Die Folge war die Auslieferung des Landes an die Plutokratie und an ehrgeizige Politiker. Alle Fortschritte, die das an natürlichen Hilfsquellen reiche Land zu verzeichnen hatte, so insbesondere die langsame Besserstellung der Bauernbevölkerung, hat es weniger dem Parlament, als vielmehr dem einzigen ruhenden Pol in der Erscheinungen, dem Königtum, zu danken. Die größten Verdienste um das Land hatte sich der erste König, Carol I., erworben. Seine, des landfremden Hohenzollern, Autorität war schließlich so groß, daß er mehr als einmal die streitenden Parteien durch die Drohung seiner Abdankung zur Vernunft bringen konnte. Unter der Herrschaft seines Neffen Ferdinand hatten die Parteien freilich wieder völlig freies Feld. Insbesondere stabilisierte sich damals die Herrschaft der Liberalen unter ihrem Führer Brattianu, die während der schweren Krankheit des Königs Ferdinand auch die Verbannung und Entthronung des jetzigen Königs Carol II. durchzuführen vermochten. Die Partei, als die ausgesprochene Vertreterin des rumänischen Großgrundbesitzes und des Großkapitals, hatte nämlich sehr bald gespürt, daß Carol keineswegs das selbige gefügige Werkzeug ihrer Macht zu werden versprach, wie sein durch Krankheit auch in seiner seelischen Widerstandskraft geschwächerter Vater. Ihr mußte ein längeres Interregnum nur recht sein. Erleichtert wurde ihr der Feldzug gegen Carol durch dessen zahlreiche Liebesabenteuer, die ihm schließlich sogar die Gegnerschaft seiner ehrgeizigen Mutter einbrachten, als sich Carol von seiner Gattin Elena von Griechenland in bräuter Weise trennte. Aber auch dieser Triumph konnte die Liberale Partei von der durch ihre einseitige Interessenspolitik wohlverdienten Niederlage nicht mehr retten.

Mit dem Sieg der nationalen Bauernpartei unter Maniu begann eine neue Ära in Rumänien. Maniu erkannte sehr bald, daß sein Reformwerk nur Bestand haben könne, wenn das Königtum wieder in seinem ursprünglichen Zustand hergestellt würde. Der Regentenschaftsrat hatte sich zu sehr als Provisorium erwiesen, zeigte auch vielfach nicht die nötige Einigkeit, während gleichzeitig im Lande die Sehnsucht nach einer ruhigen und stetigen Regierung mehr und mehr wuchs. Das Volk hatte den unfruchtbaren Streit der Parteien gründlich satt bekommen, und das Heer stand stets auf Seiten Carols. So betrachtet, verlor die Rückkehr Carols alles Operettenshafte und Romantische, das ihr äußerlich scheinbar anhaftete. Die Initiative zur Rückkehr ging auch nicht etwa nur vom König aus, sondern war bis in die Einzelheiten zwischen der herrschenden Bauernpartei und ihm wohl erwogen und vorbereitet, und sie entsprach, was zweifellos das wichtigste ist, vollkommen dem Willen des Volkes, das sich mit Recht von der Rückkehr eine Stabilisierung des wirtschaftlichen und politischen Lebens des Landes versprach. Der beste Beweis dafür sind die stürmischen Beifallskundgebungen der Kammer und des Volkes bei der Königsproklamation gewesen. Keine Gegendemonstrationen, völlige Ruhe im ganzen Lande. Die liberalen Parteiführer, die noch vor einem Monat eine lebhaft propagandistische Partei entfalteten, haben bis auf ein Parlamentsmitglied gute Miene zum bösen Spiel gemacht. Sie saßen, daß eine unaufhaltsame Entwicklung über sie hinweggegangen ist.

Wie steht nun Deutschland zu diesen Ereignissen? Aus den verschiedensten Gesichtspunkten können wir über die Thronbesteigung Carols Genugtuung empfinden. Carol war während seines Pariser Aufenthalts in Frankreich nicht beliebt, weil man ihm Deutschfreundlichkeit nachsagte. Bitterkeit das richtig ist, läßt sich von hier aus nicht beurteilen. Das eine aber ist gewiß, die rumänischen Hohenzollern haben ihre deutsche Herkunft nie verleugnet. König Carol I. war ausgesprochen und betont deutschfreundlich. Erst sein Ableben hat den Eintritt Rumäniens in den Kreis unserer Gegner ermöglicht. Auch König Ferdinand hat trotz seiner vielfachen Schwächen aus seiner deutschen Nationalität nie ein Hehl gemacht. In seinem Schloß war Reich

Vertical text on the left margin, likely a price list or index, including numbers like 1.00, 2.00, 3.00, etc.